



KOALITION FREIE SZENE FRANKFURT

FREIE SZENE 2021

BERICHT EINER RECHERCHE



KOALITION FREIE SZENE FRANKFURT
FREIE SZENE 2021
BERICHT EINER RECHERCHE

Inhalt

Einleitung	3
Fokus I: Bildende Kunst	5
Fokus II: Bewegtbild und Medienkunst	10
Fokus III: Darstellende Künste	13
Fokus IV: Klassische Musik	18
Fokus V: Populärmusik und Clubs	22
Impressum	25

EINLEITUNG

Am 4. April 2018 fand im Rahmen des Lichter Filmfestes ein erstes Treffen statt, um eine Koalition der freien Szene Frankfurts zu gründen. Im September 2018 wurde eine Sprecher*innengruppe gewählt, um die Situation der freien Szene Frankfurts in einem Bericht unter die Lupe zu nehmen und Verbesserungsvorschläge zu machen. Gewählt wurden hierfür Barbara Carvalho (Darstellende Künste), Jan Deck (Darstellende Künste), Sylvia Demgenski (Musik), Jos Diegel (Bildende Kunst, Film), Caroline Jahns (Musik), Katja Kämmerer (Bildende Kunst), Birgit Lehmann (Film), Haike Rausch (Bildende Kunst), Oliver Utis (Darstellende Kunst). Birgit Lehmann und Oliver Utis sind in der Zwischenzeit aus zeitlichen Gründen nicht mehr Teil des Sprecher*innenkollektivs. Unter „freie Szene“ verstehen wir übrigens freiberuflich und professionell arbeitende Kulturschaffende, die in verschiedenen Bereichen der Kunst tätig sind. Wir wollen dabei keine Differenz zwischen Mainstream und Underground, zwischen Hoch- und Popkultur machen, denn die Grenzen sind mittlerweile ohnehin fließend geworden.

Infolge dessen haben die Sprecher*innen zu verschiedenen spartenspezifischen Treffen eingeladen und zusätzlich mit Expert*innen gesprochen, um diesen Bericht zu erstellen. Da diese Aufgabe ehrenamtlich und neben der eigenen freischaffenden Arbeit erfolgte nahm dieser Prozess sehr viel Zeit in Anspruch. Nun liegen zu den meisten Sparten Texte vor, deren Ergebnisse durchaus relevant sind. Interessant ist dabei, dass sich die Probleme ähneln: Die Förderung ist durchweg mangelhaft, es mangelt zudem an Arbeits- und Präsentationsräumen. Einzige Ausnahme: Bei den Freien darstellenden Künsten hat es dabei zwar im Vergleich zu den anderen Künsten durchaus enorme Verbesserungen gegeben, dennoch war dieser Bereich lange extrem unterfinanziert und die Förderstrukturen waren veraltet, auch hier müssen weitere Entwicklungsschritte folgen. In allen anderen Künsten der freien Szene werden die Bedingungen ihrer Bedeutung für eine Metropole wie Frankfurt nicht gerecht.

Auch wenn dieser Bericht die Lage der freien Szene in vielen Bereichen darlegt, ist er selbstverständlich nicht vollständig und erschöpfend. Wir verstehen ihn als fundierte Basis um Probleme transparent zu machen und Bewusstsein dafür zu schaffen, dass die gegenwärtige Situation der freien Szene Frankfurts dringend anders aufgestellt werden muss. Wir empfehlen daher, mit einer Bestandsaufnahme und einem Kulturentwicklungsplan die Künste in Frankfurt in den Blick zu nehmen, um notwendige Unterstützungsleistungen gezielt tätigen zu können. Die Koalition der freien Szene Frankfurt sollte an der Konzipierung eines solchen Entwicklungsplanes beteiligt werden.

In diesem Bericht fehlen zudem wichtige Aspekte, die wir in unserer künftigen Arbeit stärker reflektieren wollen. Dazu gehören vor allem Themen wie Geschlechtergerechtigkeit, Internationalität, kulturelle Bildung, aber auch die soziale Situation von Kulturschaffenden wie Wohnen oder die Vereinbarkeit von Beruf und Familie und Generationengerechtigkeit bzw. die Frage, wie man in der freien Szene älter werden kann. Der Bereich Literatur konnte bisher aufgrund der Corona-Pandemie nicht erfasst werden – eine online Umfrage blieb leider ohne Resonanz. Und es fehlt die Perspektive der Filmszene.

Unsere Veranstaltungen fanden vor der Corona-Pandemie statt, deshalb ist dieser Aspekt im Bericht nicht enthalten. Deshalb wollen wir dazu ein paar Thesen in dieser Einleitung veröffentlichen.

1. Die Corona-Pandemie ist eine ernstzunehmende Bedrohung der Gesundheit vieler Menschen. Deshalb muss alles getan werden, um die Verbreitung des Virus zu verhindern. Auch wenn die Schließung von Kulturorten und weitere Einschränkung die Existenz vieler freier Kulturschaffenden bedrohen, gibt es dazu keine Alternative.
2. Kulturorte sind keine Freizeit-, sondern gleichermaßen Bildungseinrichtungen. Sie sind in all ihrer Unterschiedlichkeit wichtige Orte, in dem über die Gesellschaft nachgedacht wird und in denen Menschen zusammenkommen, um ästhetische Perspektiven zu teilen. Die Freiheit der Kunst macht sie gleichzeitig zu ganz spezifischen Orten, die sich dieser Kategorisierung entziehen, weil das Gestalten und Rezipieren von Kunst grundsätzlich zweckfrei sein darf. Deshalb ist es wichtig, ihre Wiederöffnung zu ermöglichen, sobald es die allgemeine Lage zulässt. Gesundheitsamt, Ordnungsamt, Kulturamt sollten dazu gemeinsam mit den betroffenen Künstler*innen Maßnahmen und Strategien für den Kulturbereich entwickeln.
3. Der Härtefall- und Nothilfefonds des Frankfurter Kulturdezernats ist eine gute und wichtige Einrichtung. Da die Pandemie im nächsten Jahr nicht vorbei sein wird, muss auch im Jahr 2021 ein solcher Härtefall- und Nothilfefonds zur Verfügung stehen. Wie 2020 müssen die Förderregularien flexibel gehandhabt werden, auf eine Rückzahlung von Fördermitteln muss auch im Falle einer unmöglichen Projektrealisierung wegen der Pandemie weiterhin verzichtet werden.
4. Die Stadt Frankfurt sollte Räume in kommunaler Trägerschaft wie Bürgerhäuser, städtische Kultureinrichtungen oder nahezu leerstehende Orte wie das Zoo-Gesellschaftshaus kostenfrei öffnen, um Kulturveranstaltungen möglich zu machen. Denn viele kleine Kulturorte bieten nicht ausreichend Raum, um im Falle von Abstandsregeln gewinnbringend oder kostendeckend arbeiten zu können. Zudem sollte die Stadt bei der Ermöglichung von Open-Air-Veranstaltungen großzügig sein und auf zu viel Regulierung jenseits der Corona-Regeln und Verwaltungsgebühren verzichten. Eine zusätzliche Unterstützung von Veranstaltungen im öffentlichen Raum, bei denen Frankfurter Kulturschaffende auftreten, sollte möglich gemacht werden. Auch sollte die Realisierbarkeit von Veranstaltungen hinsichtlich ihrer spezifisch erarbeiteten Hygienekonzepte geprüft werden und gemeinsam mit den betroffenen Künstler*innen Maßnahmen und Strategien für den Kulturbereich entwickelt werden, um bei der Umsetzung von Vorschriften sinnvoll „nachzusteuern“. Als Beispiel genannt seien hier die trotz Sicherheitskonzept abgesagten 1:1 Konzerte.
5. Die Pandemie hat und wird weiterhin für Verluste von Steuereinnahmen sorgen. Wir appellieren an die politisch Verantwortlichen, keine Kürzungen im Kulturbereich vorzunehmen und bei den Förderanträgen zu berücksichtigen, dass die ohnehin schwer zu findenden Sponsoren aus der Wirtschaft aufgrund der Covid19-Pandemie ausfallen. Viele Kulturschaffende können wegen der Pandemie kaum noch von ihrer Arbeit leben. Kürzungen der Kulturförderung würden für viele freie Künstler*innen und Kulturprojekte das endgültige Aus bedeuten.

Dieser Bericht wird der Kulturdezernentin Ina Hartwig persönlich überreicht, den Kulturpolitiker*innen aller demokratischen Parteien und Gruppierungen werden wir ihn elektronisch zukommen lassen. Wir hoffen, dass dieser Bericht der Beginn einer zukunftsgerichteten Debatte über die Frankfurter Kulturpolitik ist, um die Fähigkeiten der freien Szene zukünftig besser für unsere Stadt einsetzbar machen zu können.

FOKUS I: BILDENDE KUNST

Ausgangssituation

Im Rhein-Main-Gebiet existieren 5 Hochschulen und Akademien. Allein in Frankfurt/M und Offenbach existieren drei davon; die Johann-Wolfgang-Goethe Universität und die Städelschule Frankfurt/M, die Hochschule für Gestaltung in Offenbach/M. Darüber hinaus existieren die in Mainz gelegene Hochschule mit einem Kunststudium – ähnlich der HfG in Offenbach – u.a. mit den Studiengängen Mediendesign und Kommunikationsdesign sowie die Hochschule in Wiesbaden, die ebenfalls Gestalter*innen hervorbringt, von denen sich manche im Anschluss ebenfalls für die Kunst entscheiden. Jedes Jahr verlassen also zahlreiche hochqualifizierte Absolvent*innen im Rhein-Main-Gebiet die Hochschulen, um in ihr Berufsleben zu starten. Doch eine überwiegende Zahl wandert in andere Städte ab, da es in Frankfurt/M einen sehr kleinen Etat für freie Kunstprojekte gibt und zudem die Mieten für Ateliers und Wohnung stetig steigen. Doch auch hier bereits länger lebende - und professionell arbeitende Künstler*innen – ob zugezogen oder aus der Region – sollten die Stadt nicht verlassen müssen, weil es keine ausreichende Förderung für die Bildende Kunst gibt. Das kulturelle Leben der Stadt Frankfurt wird einerseits geprägt durch die Museen. Andererseits halten die zahlreichen Off-Spaces und zum Beispiel die künstlerischen Aktionen im öffentlichen Raum das kulturelle Leben einer Stadt lebendig und gestalten es mit ihrer Vielfalt und ihrem innerhalb des Stadtgebietes dezentralem Wirken: es ist diese Arbeit, die das Fundament der Kulturregion bildet und Frankfurt kulturell – außerhalb der großen Häuser entlang des Museumsufers – im gesamten Stadtgebiet gestaltet.

Kunst und Gesellschaft

Bildende Künstler können mit ihren nachfolgend beschriebenen vielfältigen Kunstformen und Arbeitsfeldern nachhaltig einen unverzichtbaren und essentiellen Beitrag zur Entwicklung neuer Formen gesellschaftlichen Zusammenlebens innerhalb zunehmend verödennder Innenstädte und Stadtteile leisten, die einem an seine Wachstumsgrenzen stoßenden System geschuldet sind. Indem sie mit ihrer Arbeit neue Perspektiven, Blickwinkel und Fragestellungen aufwerfen, sind sie in Zeiten radikaler gesellschaftlicher Umbrüche unverzichtbar. Um diese Arbeit für die Gesellschaft leisten zu können, bedarf es eines angemessenen Fördersystems.

Kunstabgrenzung und Arbeitsfelder Bildender Künstler*innen

In den letzten hundert Jahren sind neben der Skulptur, der Malerei und der Zeichnung zahlreiche neue Kunstformen entstanden und zwar u.a. solche, die auch anderen Kunstsparten zugeordnet werden könnten, wie z.B. die auch im Bereich der darstellenden Kunst existierende Performance. Weiterhin erwähnt sei hier die Medienkunst mit ihrer Schnittstelle zum Film, die wir innerhalb der „Koalition der freien Szene“ als eigenständigen Bereich sehen. Oder aber es entstehen temporäre flüchtige Werke und auch solche, bei denen mehr der Prozess, als das materielle Werk im Vordergrund stehen, wie z.B. partizipative Kunstformen. Erwähnt seien hier außerdem die Installationskünstler*innen, die nicht von Verkäufen leben oder aber die interdisziplinär arbeitenden bildenden Künstler*innen, die an Schnittstellen nicht nur zu anderen Kunstformen, sondern auch zu anderen Disziplinen, wie z.B. der Wissenschaft oder der Soziologie arbeiten. Das heißt, die heutige Situation bildender Künstler*innen ist längst nicht mehr bestimmt von Produktion und Verkauf, obschon es noch Künstler*innen gibt, die nach diesem Modell arbeiten. Von Letzteren können sich wenige im kommerziellen Kunstmarkt etablieren. Eine überwiegende Zahl aller bildenden Künstler*innen jedoch lebt nicht von Verkäufen oder arbeitet mit anderen Kunstformen unter anderen Produktionsbedingungen: zum Beispiel projektbezogen ohne ein verkaufbares Ergebnis. Darüber hinaus werden bildende Künstler*innen heutzutage gerne als gesellschaftliche Forscher*innen gesehen. So werden beispielsweise partizipative Formate mit dem Ziel, den gesellschaftlichen Zusammenhalt zu erhalten und neue Formen des Miteinanders zu finden, ausgeschrieben und eingesetzt.

Drei bedeutende Beispiele der „jüngeren“ Kunstgeschichte

Bereits den 1920er Jahren entstand der mit „konventioneller Kunst“ brechende Dadaismus – also vor rund 100 Jahren. Die Kunstformen Konzeptkunst, Happening und Fluxus entstanden bereits in den 1960er Jahren – vor rund 60 Jahren also. Auch der seit den 1960er Jahren von Josef Beuys entwickelte, erweiterte Kunstbegriff der Sozialen Plastik beeinflusst heutige Kunstschaffende maßgeblich.

Honorare

In fast allen größeren Städten wird im Bereich der darstellenden Kunst eine Honoraruntergrenze zugrunde gelegt, wie sie der Bundesverband freie Darstellende Künste empfiehlt. Das wären 2.490 Euro im Monat für Berufsgruppen mit Versicherungspflicht in der Künstlersozialkasse (KSK) sowie 2.875 Euro im Monat für Berufsgruppen, bei denen eine soziale Absicherung über die KSK nicht möglich ist. Es existiert kein sachlicher Grund, bildende Künstler*innen den darstellenden Künstler*innen hier ungleich zu stellen. Der Deutsche Kulturrat erwähnt Tarifverträge im Bereich der bildenden Kunst ausschließlich für die nicht künstlerischen Tätigkeiten, wie z.B. für Aufbau oder Technik. Davon einmal ganz abgesehen: jede*r Selbstständige*r muss Minimum Euro 70,- pro Stunde verlangen, um von seiner Tätigkeit leben zu können.

Die Berufsverbände BBK und Deutscher Künstlerbund sowie Gedok sind die kulturpolitisch aktiven Repräsentant*innen Bildender Künstler*innen. Der BBK veröffentlichte im November 2020 die Ergebnisse einer Umfrage vom März 2020 zur wirtschaftlichen und sozialen Situation Bildender Künstler*innen. Die Berufsverbände setzen sich u.a. auch für die Senkung des Mindesteinkommens für einen Bezug einer Grundrente ein. Diese Arbeit folgt auf Bundesebene. Was wir zusätzlich brauchen, ist die Weiterentwicklung von Instrumentarien für die kulturelle Szene in Frankfurt.

Räume

Zwar existieren in Frankfurt/M geförderte Ateliers, jedoch nicht in annähernd ausreichender Zahl. Die Mieten in den Atelierhäusern selbst sind oft schon zu hoch angesetzt. Das neu eingerichtete Hessische Atelierprogramm (ausgeschrieben über basis e.V.) ist zwar ein Anfang, löst das Grundproblem jedoch nicht. Auch fehlt es an freien Ausstellungsräumen. Und natürlich an bezahlbarem Wohnraum. Etablierte Ausstellungsräume stehen Künstler*innen aus Frankfurt in der Regel nicht zur Verfügung. Auch die Ausstellungspolitik des Frankfurter Kunstvereins hat sich dahingehend bereits vor vielen Jahren geändert. Das liegt an der grundlegenden finanziellen Situation des Kunstvereins und dem daraus resultierenden Zwang, Ausstellungen zu 80% über Fundraising und Förderprogramme finanzieren zu müssen. Auch die städtische Heussenstamm Galerie verfügt über keinerlei finanzielle Mittel, ausstellenden Künstler*innen Honorare oder entstehende Kosten zahlen zu können.

Genehmigungen für Kunst im öffentlichen Raum

Zwar gibt es im Kulturamt eine Ansprechpartnerin für Kunst im öffentlichen Raum, doch reicht diese Beratung aus unserer Sicht nicht aus. Auf Anfrage erhält man neben einigen hilfreichen Informationen den Namen des zuständigen Amtes; den zuständigen Sachbearbeiter hingegen muß man in der Regel durch mühsames Durchfragen selbst herausfinden. Hier wäre es hilfreich, wenn die zuständigen Ämter auch Ansprechpartner*innen für die Genehmigungsverfahren von Kunst im öffentlichen Raum hätten und diese Information Künstler*innen durch das Kulturamt kommuniziert würde.

Ein zweiter ganz wichtiger Punkt ist, dass eine Genehmigung kostenfrei für nonkommerzielle Aktionen ist. Konkret bedeutet das, dass ein gemeinnütziger Verein den Antrag stellen muß. Freischaffende Künstler*innen, die nonkommerziell arbeiten – ob als Solo-Selbstständige oder im Kollektiv als Gbr – werden als gewinnorientiert eingestuft. Das geht an der Realität und der überwiegenden Zahl der Anträge vorbei.

Fördermittel und Situation Bildender Künstler*innen

Jährlich Euro 125.000 Euro stehen dem Bereich bildende Kunst in Frankfurt zur Verfügung; davon entfallen Euro 80.000 auf alle freien Projekte. Die Anträge werden beim Kulturamt der Reihenfolge nach abgearbeitet und es wird entschieden, welches Projekt förderungswürdig ist. Hauptkriterium ist die Professionalität. Die Förderhöhe für ein Projekt liegt normalerweise zwischen mehreren hundert Euro und maximal Euro 5000,-. Gefördert werden jedoch ausschließlich entstehende Kosten. Die Honorare können nur als Eigenleistung eingebracht werden. Die einzige Ausnahme hierbei sind Performances. Diese Praxis wird den Arbeitsbedingungen heutiger Bildender Künstler*innen nicht gerecht.

Die gesamte Entwicklungsarbeit eines Projektes wird zudem überhaupt nicht gefördert. Dazu bedarf es intensiver Recherchen sowohl in konzeptioneller Hinsicht, als auch im Hinblick auf eine technische Umsetzbarkeit. In diesem Zusammenhang stoßen bildende Künstler*innen auch mit Sicht auf die eigenen Kapazitäten, neue Projekte zu entwickeln und entsprechende Fördermöglichkeiten zu finden, sehr schnell an ihre Grenzen.

Ebensowenig entsprechen Ausstellungshonorare einer üblichen Praxis. Eine Musiker*in, die auf einer Vernissage spielt, erhält ganz selbstverständlich ihre Gage oder ein Schauspieler erhält natürlich ein Honorar für die Proben und Aufführungen. Bildende Künstler*innen im Gegensatz dazu arbeiten hier fast immer ohne Vergütung. Auch klassische Auftragsformen, wie Kunst am Bau existieren kaum noch.

Ohne die einzelnen Kunstsparten hier gegeneinander ausspielen zu wollen, lohnt sich ein Blick auf die Theaterförderung der Stadt Frankfurt. Allein die Erhöhung des Budgets für die Theater beträgt mit zwei Millionen das Vielfache der Summe, die der bildenden Kunst insgesamt jährlich zur Verfügung steht.

Die bildende Kunst steht Besucher*innen bisher in der Regel stets kostenfrei zur Verfügung: auf Vernissagen, in zahlreichen Off-Spaces, im öffentlichen Raum etc.. Das freie Konsumieren von bildender Kunst wird leider als selbstverständlich angesehen. Bei jeder Ausstellung verdienen die Ausstellungsmacher, die Techniker oder diejenigen für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit. Der/die Künstler*in geht in der Regel leer aus, denn schließlich nimmt ein Ausstellungsraum keinen Eintritt und Eintrittsgelder von Museen fließen in den Museumsbetrieb und nicht zu den Künstler*innen. Experimentelle Kunstformen haben es noch schwerer. Auch deshalb braucht die bildende Kunst ein besseres und differenzierteres Fördersystem.

Neben den Projektförderungen existieren an Stipendien die Travel-Stipendien der Stadt Frankfurt, die es Künstler*innen ermöglichen für einen begrenzten Zeitraum in Ländern mit existierenden Partnerinstitutionen zu arbeiten. Die Höhe des Stipendiums liegt mit 1.000.- Euro pro Monat im internationalen und Bundesvergleich im oberen Bereich. Zusätzlich wird ein Reisekostenzuschuss gewährt, der jährlich angepasst wird, jedoch nicht die vollen Kosten deckt. Als Stipendium vor Ort existiert pro Jahr ein einziges Arbeitsstipendium, und zwar in der Form, dass ein Jahr lang die Ateliermiete übernommen und das Erarbeitete anschließend ausgestellt wird. Für ihren Lebensunterhalt sowie Materialkosten müssen Künstler*innen während dieser Zeit selbst aufkommen. Die aufgrund der Coronakrise nicht vergebenen Reisestipendien 2020 wurden in No-Travel-Stipendien für Rechercheprojekte von insgesamt 9.000.- Euro umgewandelt (6 Stipendien a 1.500.- Euro).

Änderungsbedarf für die Bildende Kunst

- Zu den freien Bildenden Künsten zählen neben der Zeichnung, Malerei und Bildhauerei zahlreiche andere Formen; u.a. Installation, partizipative Projekte oder flüchtige Werke und Performances. Deshalb brauchen wir ein differenzierteres Fördersystem
- Neben einer deutlichen Erhöhung des Etats für die Projektförderung, brauchen wir neue themen- und spartenbezogene Stipendien sowie die Erhöhung der maximalen Fördersumme für Einzelprojekte

- Honorare werden aktuell nur für Performances monetär gefördert. Diese Förderung ist auch für andere Formen der Bildenden Kunst nötig
- Weitere günstige Atelierräume oder noch besser: geförderte Wohnateliers werden dringend benötigt
- Detailliertere Informationen zur Antragstellungen und zu Genehmigungsverfahren sollten möglichst schon online abrufbar sein; Genehmigungsverfahren, wie z.B. für Veranstaltungen im öffentlichen Raum könnten vereinfacht werden

Daraus folgende Vorschläge und Forderungen für die Bildende Kunst

- Anpassung des städtischen Etats für bildende Künstler*innen an die Vielfalt heutiger Formen Bildender Kunst und mittelfristig eine deutliche Erhöhung des Förderbudgets.
- Die monetäre Förderung von Honoraren sowie Förderung von Ausstellungs- und Aufbauhonoraren durch die Künstler*innen selbst sowie Förderung von Assistent*innen und Hilfskräften zur Realisierung von Projekten.
- Eine Erhöhung der maximalen Fördersumme pro Projekt auf je Euro 20.000,-, vergeben in der bereits existierenden Praxis direkt durch das Kulturamt der Stadt Frankfurt. Auch die Antragstellung ohne Bewerbungsfristen für die Projektförderungen soll hier beibehalten werden.
- Schaffung neuer zweimonatiger Stipendien für Frankfurter Künstler*innen zur Entwicklung gesellschaftlich relevanter Kunstprojekte. Abschluss ist eine in der Form frei gewählte Präsentation. Die Auswahl erfolgt unter Einbeziehung einer neu zu schaffenden rotierenden Jury zur Auswahl der Stipendiat*innen, bei deren Besetzung die Koalition der freien Szene ein Mitspracherecht haben sollte.
- Schaffung eines Fördermitteltopfes für interdisziplinäre Projekte, die bisher durch das Kunstsparten Raster fallen, z.B. weil Künstler*innen mit Wissenschaftler*innen zusammenarbeiten.
- Förderung von zwei- bis vierwöchigen Recherchestipendien für konzeptuell oder interdisziplinär ausgerichtete Projekte sowie für die Recherche für technisch aufwendiger Projekte. Die derzeitig temporär eingerichteten Recherchestipendien sollten also nach der Coronakrise verstetigt werden.
- Schaffung von Werkstatt-Stipendien zur temporären Nutzung z.B. einer Siebdruck-Werkstatt.
- Förderung von Umlagen und Materialkosten für Ausstellungen ausschließlich für Leerstandsbespielungen bei der Zwischennutzungen von Räumen mit einer Dauer bis zu maximal 6 Monaten. Hiermit sollen nicht laufende Kosten von Vereinen finanziert werden, sondern auf diese Weise könnte der Mangel an freien Ausstellungsräumen in Form temporär begrenzter Nutzung von Räumen ausgeglichen werden, ohne gleich hohe Kosten für einen neuen dauerhaft betriebenen Ausstellungsraum im städtischen Etat zu verankern.
- Festlegung der Ausschreibung von Kunst am Bau Projekten sowohl für neue öffentliche Gebäude, als auch für neue architektonische Großprojekte mit einer zwingenden Vergütung der Entwurfs- und Konzeptionsphase.
- Einrichtung eines neuen Budgets zur Erarbeitung von Honorarempfehlungen unter Einbeziehung von Berufsverbänden und der Koalition der freien Szene Frankfurt.
- Schaffung von geförderten Wohnateliers zu einem geringen Mietzins sowie weiteren Atelierräumen.
- Förderung von Publikationen in Print und Dokumentationen.
- Vereinfachung von Genehmigungsverfahren von Kunst im öffentlichen Raum und Bildung einer Arbeitsgruppe unter Beteiligung der Koalition der freien Szene Frankfurt.
- Erarbeitung einer Informationsbroschüre mit Vertreter*innen der Koalition der freien Szene und dem Kulturamt, die wichtige -, auf Erfahrungen in der Antragstellung beruhende Informationen online bereit stellt.

Konkrete Maßnahmen zur weiteren Ausgestaltung des bestehenden Fördersystems:

- Aufstockung des Etats für freie Projekte: Die maximale Fördersumme von Euro 5000,- wird auf Euro 20.000,- erhöht. Hiermit soll die Möglichkeit geschaffen werden, sich künstlerisch und konzeptuell mit einem Thema ernsthaft auseinander zu setzen und dafür eine professionelle Form und Umsetzung entwickeln zu können. Auf diese Weise wird auch die Möglichkeit geschaffen, künstlerische Projekte mit Strahlkraft außerhalb der Museen überhaupt umsetzen zu können. Diese Aufstockung hat das Ziel, reelle Arbeitsbedingungen für bildende KünstlerInnen zu schaffen und künstlerische Honorare, ggf. benötigte Techniker sowie Material etc. beantragen zu können. Als kalkulatorischen Richtwert haben wir 4 geförderte Projekte pro Monat zugrunde gelegt (48 Projekte pro Jahr x Euro 20.000,-). Daraus ergibt sich ein Förderbedarf von Euro 960.000,-. Diese Summe könnte je nach Antragslage auch auf eine größere Zahl von Projekten verteilt werden.
- Förderung von Ausstellungs- und Aufbauhonoraren: Hier legen wir 44 freie Ausstellungsorte und Kunstvereine zugrunde mit je 11 Ausstellungen pro Jahr (484 Ausstellungen) je Euro 1000,- für Aufbau inkl. technischer Hilfe und nötiger Assistenten, Abbau, Transport und Ausstellungshonorar. Sollte der/die Künstler*in das selbst übernehmen, ist er/sie dafür ebenso zu bezahlen. Euro 484.000,-
- Schaffung von 20 neuen zweimonatigen Stipendien für Frankfurter Künstler*innen zur Entwicklung gesellschaftlich relevanter Kunstprojekte dotiert mit monatlich je Euro 1500,- plus Euro 850,- Materialkosten mit abschließender - in der Form frei gewählter Präsentation Euro 3.850,- x 20. Euro 77.000,-
- Kurz- und mittelfristig eingerichtete zusätzliche Fördermittel für Projekte mit Schwerpunkt öffentlicher Raum, Partizipation, Installation, Performance, neue Medien (50 x Euro 8.000,-). Euro 400.000,-
- Verstetigung der in der Coronakrise geschaffenen Recherchestipendien, zusätzlich zu den Travelstipendien. Insgesamt also dauerhaft eingerichtet 16 Recherchestipendien je 2 - 4 Wochen für konzeptuell - oder interdisziplinär ausgerichtete Projekte sowie für die Recherche für technisch aufwendige Projekte (pro Woche Euro 500,-). Euro 22.500,-
- Fördermitteltopf für interdisziplinäre Projekte, die durch das Kunstsparten Raster falle. Euro 80.000,-.
- Förderung von Umlagen und geringen Materialkosten für Ausstellungen ausschließlich in Leerstandsbeispielungen. Hier haben wir Umlagen von Euro 300,- pro Monat zugrunde gelegt und einmalig Euro 250,- Materialkosten. Bei zehn dreimonatigen Ausstellungsprojekten. Euro 11.500.
- Vereinfachung von Genehmigungsverfahren von Kunst im öffentlichen Raum und Bildung einer Arbeitsgruppe unter Beteiligung der Koalition der freien Szene Frankfurt
- Erarbeitung einer Informationsbroschüre, die über wesentliche Aspekte und konkrete Details der Antragstellung informiert (wie z.B., das eine Genehmigung auf Durchführung einer künstlerischen Arbeit im öffentlichen Raum derzeit nur kostenfrei ist, wenn ein Verein den Antrag stellt), die auf Erfahrungswissen beruhen. So können Antragsverfahren transparenter gemacht und relevante Informationen direkt bereit gestellt werden
- Die Koalition der freien Szene sollte ein Vorschlags- und Mitspracherecht bei der Besetzung einer Jury haben

Gesamtbudget Bildende Kunst: Euro 2.035.000,-

Diese Beispielkalkulation hat das Ziel, einen Förderbedarf nachvollziehbar darzulegen und wichtige Impulse für eine künftige Ausgestaltung des Förderinstrumentariums zu geben.

FOKUS II: BEWEGTBILD: VIDEO- UND MEDIENKUNST

Ausgangssituation

In Frankfurt/M und Offenbach existieren 3 Hochschulen und Akademien: In Frankfurt die Johann-Wolfgang Goethe Universität und die Städelschule, in Offenbach die Hochschule für Gestaltung. Jedes Jahr verlassen zahlreiche hochqualifizierte Absolvent*innen die Hochschulen, um ins Berufsleben zu starten. Doch eine überwiegende Zahl wandert nach der Ausbildung in andere Städte ab, da es in Frankfurt/M einen relativ kleinen Etat für freie Kunstprojekte und keine spezialisierte Fördersparte für Video- und Medienkunstprojekte gibt und zudem die Mieten für Ateliers und Wohnung stetig steigen. Das kulturelle Leben der Stadt Frankfurt wird stark geprägt durch Filmfestivals diverser Themenbereiche, Medien- und Videokunstaustellungen und Filmabende. Die Mehrzahl der hier ausgebildeten und lebenden Künstler*innen sollte auch nach der Ausbildung die Möglichkeit haben, mit ihrer Arbeit das Fundament der Kulturregion zu bilden.

Klärung Bewegt Bild-Kunst

Film-, Video- und Medienkunst unterscheidet sich von der klassischen Filmbranche. Oft handelt es sich um interdisziplinäre Arbeiten, die durch das Raster gängiger Kunstparten fallen. Die Übergänge von Videokunst, Experimentalfilm und traditionellem Film sind allerdings fließend. Viele Videokünstler*innen beschäftigen sich mit dem Medium und seinen Strukturen selbst. Die erzählerischen Möglichkeiten oder Konventionen von Fernsehen, Kino und Neuen Medien wie dem Internet, werden in der Video, Film- und Medienkunst zum eigentlichen Thema. Dies geschieht im Rahmen von digitalen und analogen Experimentalfilmen, Ein- oder Multi-Kanal Videos und Projektionen, Videoskulpturen und Installationen, elektronischen Medienobjekten, Apps und Programmen, Sozialen Medien sowie interaktiven und virtuellen Konzepten.

Die Koalition findet es wichtig, dass im Rahmen der Kulturförderung freischaffenden Künstler*innen kleine und mittelgroße Projekte ermöglicht werden und der Produktion freier, unabhängiger und experimenteller Bewegtbild-Projekte ein Platz gegeben wird.

Spezifizierte Fördersparte Bewegtbild

Ein Paradigmenwechsel ist nötig. Es braucht eine Entwicklung künstlerischer Förderung in Sachen Medien. Tatsächlich braucht Frankfurt eine starke Videokunst Szene nicht erst zu entwickeln. Sie besteht bereits im Vertrieb, durch starke und vielfältige Lehre und Ausbildung an Hochschulen, durch Kinos, Film- und Videokunstgalerien sowie Videokunstfestivals (etwa V_Kunst, B3, Lichter Filmfest, Saasfee, Mal Seh'n Kino). Eine Förderung von Medien- und Videokunst existiert seit den 1960er Jahren in Deutschland.

Allerdings ist die Förderung dieses Kunstbereichs unterfinanziert. Die Koalition Freie Szene strebt die Verbesserung der Situation für freischaffende Künstler*innen und Gruppen, die mit Bewegtbild arbeiten, in Form einer Spartenförderung für künstlerische Video- oder Medienkunstwerke an. Videokunst muss eigenständig ohne Einbindung in ein Theaterstück oder Performanceprojekt oder jenseits der Dokumentation anderer Kunstwerke gefördert werden können.

Recherche

Für Medien- und Videokunst sollen zum Förderantrag Konzepte eingereicht werden können. Film-, Video- und Medienkunstprojekte unterliegen einer komplexen technischen Auseinandersetzung und sind in ihrer technischen Darlegung, Problematik und Fragestellung für Außenstehende nicht immer leicht zu verstehen. Da Bewegtbild-Projekte oftmals langfristiger technischer Vorbereitungen und Versuchsanordnungen bedürfen, braucht es bereits eine Forschungs- und Recherechförderung.

Honorare

Zwar hat der Bundesverband Bildender Künstlerinnen und Künstler eine Leitlinie für Honorare erarbeitet, jedoch bezieht sich diese rein auf Ausstellungsvorhaben. Zu bemängeln ist an dieser Leitlinie, dass Honorare auch in geldwerten Leistungen bezahlt werden können, etwa in Form eines Kataloges. Die Mindesthöhe des Ausstellungshonorars beträgt derzeit 50 Euro. Davon können weder Mieten, noch die Lebenshaltungskosten bezahlt werden. Leider erwähnt auch der Deutsche Kulturrat Bildende Künstler*innen ausschließlich in Zusammenhang mit Ausstellungen und lässt alle anderen Arbeitsweisen außen vor.

Der Kunstblog www.artlog.net hält zum Thema Honorare einen aufschlussreichen Artikel bereit, der in Zusammenhang mit Ausstellungen beispielsweise auch auf die entstehenden Produktionskosten eingeht:

<https://www.artlog.net/de/kunstbulletin-5-2014/ausstellungshonorare-was-zahlen-kunsthaeuser-kuenstler-innen>

Um der heutigen Arbeitsweise von Künstler*innen Rechnung zu tragen, müssen Honorare monetär gefördert werden. Auch wenn das Thema Honorare für bildende Künstler*innen ein bundesweites Thema ist – was nicht durch die Kommunalpolitik lösbar ist – ist es dennoch möglich, auf kommunaler Ebene Förderrichtlinien für Bildende Künstler*innen zu entwickeln und diese im Stadtparlament zu verabschieden.

Räume

Geförderte Ateliers und Arbeitsräume existieren nicht in annähernd ausreichender Zahl. Zudem sind die Mieten in den Atelierhäusern oft zu hoch. In Frankfurt existieren einige freie Ausstellungsräume (siehe Fokus Bildende Kunst)

Geräte

Gerade im Bereich Film-, Video- und Medienkunst sind die technischen Gerätschaften ein immenser Kostenpunkt in der Vorbereitung, Produktion und Nachbereitung von Projekten. Mieten und Ausleihen werden nicht gefördert. Eigens angeschaffte, hochwertige Technik ist teuer, teuer und bedarf ausreichender Pflege und Wartung. Daher müssen unbare Eigenmittel für Technik durch Gebrauchs- bzw. Abnutzungskosten bei Projektanträgen einkalkuliert werden können. Die Förderung soll unabhängig von Material- und Geräten möglich sein: zeitgemäße Kamera-, Computer- und Projektionstechnik sollte gleichermaßen gefördert werden wie auch Projekte mit klassischen Videokunstgeräten und solchen, die eine Retro-Ästhetik ermöglichen.

Förderpraxis und Fördersituation

Diese ist bereits im Beitrag Bildende Kunst ausführlich beschrieben. Ergänzend dazu lässt sich folgendes sagen: Die Koalition freie Szene unterstützt vor allem die Bestrebungen der Initiative HessenFilm für ein Atelier Filmhaus/Medienzentrum als gemeinsame Plattform zur Ressourcenteilung und für Synergieeffekte. Ein solches Zentrum könnte für Künstler*innen der freien Szene und der kommerziellen Filmbranche gleichermaßen attraktiv sein. Denn beide Szenen benötigen Arbeitsräume mit technischem Equipment, Studios, Büroräumen und eine Vernetzung mit Produzent*innen, Autor*innen und Techniker*innen der Filmbranche im Hinblick auf Austausch von Know-how, gemeinsamen Workshops und Zusammenarbeit.

Änderungsbedarf

Die Koalition der Freien Szene Frankfurt/M hat konkrete Vorschläge erarbeitet, die sowohl der heutigen Situation, als auch den differenzierten Arbeits- und Ausdrucksformen bildender Künstler*innen gerecht werden sollen. Sie wurden auf Basis einer Befragung der freien Szene und deren Auswertung erarbeitet. Die Koalition der Freien Szene hatte im Rahmen der Veranstaltungsreihe #Fokus bildende Film-, Video- und Medienkünstler*innen und das Filmhaus Frankfurt eingeladen und in Folge konkrete Forderungen erarbeitet.

Konkrete Forderungen Bewegtbild und Medienkunst

- Erhöhung des städtischen Etats für Video- und Medienkunstprojekte (Bewegtbildkunst)
- Schaffung neuer Video- und Medienkunststipendien (Bewegtbildkunst)
- Schaffung eines Gremiums zur fairen Ausschreibung der o.g. Stipendien nach bestimmten Kriterien, Themen und mit einer rotierenden Jury. Die Koalition der freien Szene sollte ein Mitspracherecht bei der Besetzung der Jury erhalten.
- Erhöhung der Förderung auch für Ausstellungsbegleitprogramme, Konferenzen, Filmabende in Zusammenarbeit mit Kinos und Institutionen o.ä. sowie Kurzfilmscreenings und Medienpräsentationen.
- Förderung von Honoraren in Form einer monetären Leistung
- Errichtung eines „Haus der digitalen Kultur“ als Heimat für Filmfestivals, Ort für Filmpremieren, Plattform für Filmschaffende, Initiativen und Projekte und medienpädagogisches Zentrum für Kinder und Jugendliche. Sowohl Serien- und Videospiel-Produktionen als auch Videoinstallationen sollen die Kunstform des Films nachhaltig ergänzen.
- Schaffung eines Medienzentrums als gemeinsamer Plattform zur Ressourcenteilung in Form von Arbeitsplätzen und High-End-Technik mit Präsentationsmöglichkeiten sowie Verleihs benötigter Produktionstechnik (Kameras, Tontechnik, Licht, Bühne und Projektionstechnik u.a.).

FOKUS III: DARSTELLEND KÜNSTE

1. DERZEITIGE LAGE

Die freien Darstellenden Künste waren und sind als einziges Genre der freien Szene beständig im Fokus von Politik und Öffentlichkeit. Eine regelmäßige Berichterstattung über Themen, die diese Szene betreffen, findet statt. In den letzten zehn Jahren ist deshalb einiges passiert.

Fördermodell und Förderpraxis

Zunächst wurde das Fördermodell stark verändert und modernisiert. Die institutionelle Förderung wird heute in Form einer zwei- und vier-Jahresförderung vergeben, bei der sich Theaterhäuser und Ensembles bewerben können. Zusätzlich gibt es weiterhin eine Projektförderung für einzelne Produktionen, für die man sich zweimal jährlich bewerben kann. Eine sonstige Theaterförderung unterstützt besondere Projekte wie Seminare, Jubiläen, Wiederaufnahmen etc.

Auch die Art und Weise wie Förderung vergeben wird hat sich gewandelt. Statt einer Förderpraxis, die jahrzehntelang gängige Praxis war, in der ausschließlich die Mitarbeiter*innen des Kulturamtes Vorschlagsrecht zur Mittelverteilung hatten, wurde ein Theaterbeirat eingeführt. Er besteht aus fünf Expert*innen mit unterschiedlichen Kompetenzschwerpunkten. Der Theaterbeirat schlägt die Verteilung der Projektmittel vor, dieser Vorschlag muss dann von den politisch Verantwortlichen verabschiedet werden. Was die Zwei- und Vierjahresförderung betrifft, gibt es zunächst einen Vorschlag des Theaterbeirates, der dann von Kulturamt und Kulturdezernat verändert werden kann. Am Ende entscheiden Magistrat und Stadtverordnetenversammlung. Das Kulturamt formuliert diese Praxis so:

„Der Theaterbeirat spricht darüber Förderempfehlungen anhand ästhetisch-künstlerischer Kriterien aus. Diese Stellungnahmen werden vom Magistrat berücksichtigt, welcher in seine weiterführende Betrachtung insbesondere den gesamtstädtischen Kontext mit einbezieht. Der Magistrat stellt seinen, aus diesen Überlegungen begründeten, Fördervorschlag in schriftlicher Form dem Kulturausschuss respektive der Stadtverordnetenversammlung zur Diskussion und Abstimmung bereit“

Fördermittel

Finanziell hat sich die Situation nach der vergangenen Kommunalwahl deutlich zum Positiven entwickelt. Die jährliche Fördersumme wurde um zwei Millionen Euro aufgestockt, was überwiegend zur Erhöhung der mehrjährigen Förderung benutzt wurde, die insgesamt auf 3,6 Millionen stieg. Die Projektförderung war auf 520.000 Euro erhöht wurden. 2019 wurde die mehrjährige Förderung weiter zu Lasten der Projektförderung um 155.000 Euro erhöht. Die Gelder für die Förderung des Künstlerhaus Mousonturm, ebenfalls auch Produktionsort einiger Gruppen der freien darstellenden Künste, sind hier nicht eingerechnet.

Spielstätten und Probeorte

Was die Spiel- und Arbeitsorte betrifft, so gibt es ebenfalls Veränderungen. Das Künstlerhaus Mousonturm, das Gallus Theater und die Landungsbrücken bieten Gruppen, die bei ihnen produzieren, zumindest teilweise Probemöglichkeiten. Getragen von dem Frankfurter Verband ID_Frankfurt, der die Interessen Frankfurter Tanz- und Performanceschaffenden vertritt, gibt es das Z-Zentrum für Proben und Forschung. Mittlerweile sind auch Proberäume im Atelier Frankfurt buchbar. Es gibt aber auch vereinzelt Probemöglichkeiten an anderen Orten, wie z.B. beim Probenzentrum von Antagon TheaterAKTion in der Orber Straße.

Als wichtige Produktions- und Spielorte der freien darstellenden Künste, die nicht von einem einzelnen Theater bespielt werden, gelten neben dem Künstlerhaus Mousonturm weiterhin das Gallus Theater und die Landungs-

brücken. Geöffnet haben sich das Titania, wo es auch außerhalb des Freien Schauspiel Ensembles und theaterperipherie weitere Aufführungsmöglichkeiten gibt und die Naxoshalle, in der gemeinsam mit dem Theater Willy Praml nun studio naxos arbeitet und wo beide Ideen zu einem neuen, freien Theaterhaus der Zukunft konzipieren. Die beiden Kinder- und Jugendtheater Theaterhaus und TheaterGrüneSosse fungieren verstärkt als Koproduzent*innen jüngerer Kolleg*innen. Zudem ist ein großes Kinder- und Jugendtheater im Zoo-Gesellschaftshaus geplant. Einige Frankfurter Künstler*innen produzieren verstärkt an Nicht-Theaterorten und im öffentlichen Raum, zum Teil mit Unterstützung des von ID_Frankfurt getragenen Festivals IMPLANTIEREN.

Sichtbarkeit

Die regionale und überregionale Sichtbarkeit der freien darstellenden Künste Frankfurts hat sich in den letzten Jahren spürbar verbessert. Die Publikumszahlen gelten weitestgehend als zufriedenstellend. Dennoch gibt es nur wenig Überschneidung zwischen den Zuschauer*innen verschiedener Sparten der darstellenden Künste.

Mit drei Frankfurter Zeitungen mit regionalem Kulturteil und mehreren Veranstaltungsmagazinen, die alle über freie Produktionen berichten, ist die Situation der Presse in Frankfurt deutlich besser als in anderen Regionen. Dennoch ist die Berichterstattung in den letzten Jahren spürbar zurückgegangen. Das betrifft auch den hessischen Rundfunk, der heutzutage deutlich weniger über Produktionen der freien darstellenden Künste berichtet.

Immer wieder werden Produktionen aus Frankfurt zu überregionalen Festivals eingeladen, wie zum Impulse Festival oder der Tanzplattform Deutschland. Bei den Einladungen zum Berliner Theatertreffen war das Künstlerhaus Mousonturm mit drei Koproduktionen berücksichtigt, wenn auch nicht mit originären Produktionen der freien Szene Frankfurts. Alle zwei Jahre findet das Festival IMPLANTIEREN statt, das von ID_Frankfurt produziert wird und für das sich Künstler*innen bewerben können, um Produktionen im öffentlichen Raum oder an Nicht-Theaterorten zu erarbeiten.

Um die überregionale Sichtbarkeit weiter zu steigern haben sich verschiedene Initiativen und Verbände für ein regionales Festival der freien darstellenden Künste Frankfurts ausgesprochen. Diese Idee wird mittlerweile vom Kulturdezernat unterstützt. Das Festival wird auch Teil des 2022 nach Frankfurt geholten Festival „Politik im freien Theater“ sein. Wichtig ist, dass dieses neue Festival nun nachhaltig unterstützt und finanziert wird.

Auch andere Festivals stärken die Sichtbarkeit der freien darstellenden Künste, zum Beispiel die internationale Sommerwerft am Mainufer, das Internationale Frauen*Theater-Festival und die Winterwerft. Diese drei Festivals von protagon e.V. zeigen vermehrt lokale Produktionen gemeinsam mit überregionalen und internationalen Gastspielen.

Verbände

In Frankfurt sind drei Verbände aktiv, die sich als Lobby für die freien darstellenden Künste verstehen. ID_Frankfurt vertritt die freien darstellenden Künste Frankfurts im Bereich Tanz, Choreografie und Performance. laPROF versteht sich als landesweite Vertretung der freien darstellenden Künste Hessens in ihrer Gesamtheit und engagiert sich traditionell auch in Frankfurt. Die Theaterallianz ist weitestgehend die Lobbyorganisation der Theaterhäuser Frankfurts, von Schauspiel Frankfurt, freien Spielorten und Privattheatern.

2. Schwierigkeiten und Veränderungspotenziale Darstellende Künste

2. SCHWIERIGKEITEN UND VERÄNDERUNGSPOTENZIALE Darstellende Künste

Fördermodell und Förderpraxis

Was das Fördermodell Frankfurts betrifft, gibt es in der Szene Gemeinsamkeiten und Kontroversen. Zum einen sind sich die Verbände einig darüber, dass die Trennung Zwei- und Vierjahresförderung nur begrenzt sinnvoll ist, denn dort bewerben sich Theaterkünstler*innen und Spielstätten. Man favorisiert dagegen eine Dreijahresförderung für Ensembles, Kollektive und Theatergruppen. Unabhängig davon ist Konsens, dass es eine davon unabhängige Spielstättenförderung geben sollte, welche die für die Szene wichtigen Spiel-, Produktions- und Probenorte langfristiger absichert.

Während jedoch ID_Frankfurt und laPROF eine stärkere Verantwortung des Theaterbeirates fordern ist die Theaterallianz für die Beibehaltung des bisherigen Modells.

Zudem sollte die Förderung für die darstellenden Künste grundsätzlich als Festbetragsförderung gewährt werden und nicht, wie zum Teil bislang, als Fehlbedarfsfinanzierung. Somit wären die Künstler*innen freier bei der kurzfristigen Akquise weiterer Fördergelder.

Um ein verändertes Modell zu entwickeln wäre eine vom Kulturdezernat einberufene und vom Kulturamt moderierte Arbeitsgruppe mit Vertreter*innen der Szene sinnvoll.

Eine ausreichend finanzierte Wiederaufnahmeförderung würden alle Verbände begrüßen.

Fördermittel

Obwohl die Förderung der freien darstellenden Künste vor wenigen Jahren um zwei Millionen gesteigert wurden, sind die Mittel nicht vollständig ausreichend. Die Erhöhung des Etats war eine nachholende Entwicklung, denn es gab zuvor länger keine Mittelsteigerung, obwohl die Szene deutlich größer geworden war. Vor allem fehlen nun Gelder bei der Einzelprojektförderung, die nun auch zugunsten der mehrjährigen Förderung um 155.000 Euro gekürzt wurde. Die bei der Projektförderung bewilligten Mittel ermöglichen kaum professionelles Arbeiten, wenn man die mittlerweile bereits fast in allen größeren Städten übliche Honoraruntergrenze zugrunde legt, wie sie der Bundesverband freie Darstellende Künste empfiehlt. Das wären 2.490 Euro im Monat für Berufsgruppen mit Versicherungspflicht in der Künstlersozialkasse (KSK) sowie 2.875 Euro im Monat für Berufsgruppen, bei denen eine soziale Absicherung über die KSK nicht möglich ist.

Zudem gibt es das Problem, dass durch die gegenwärtige Situation alle Gruppen, die auskömmlich arbeiten wollen, mehrjährige Förderung beantragen müssen. Für Theaterbeirat und Kulturdezernat wird die Aufgabe immer schwerer, zu entscheiden, wer diese Förderung bekommt. Denn wer längere Zeit in der Mehrjahresförderung war und danach auf Projektförderung angewiesen ist, wird mit den in der Projektförderung möglichen Fördergeldern nicht mehr produzieren können. Diese Ensembles müssen entweder woanders arbeiten oder ihre Arbeit einstellen. Wäre mehr Geld in der Projektförderung könnten solche Gruppen auch hier ausreichende Summen für einzelne Projekte erhalten und die Mehrjahresförderung wäre nicht mehr existenziell. Die Folge wäre mehr Flexibilität und Durchlässigkeit in der Förderung. Dazu müsste die Einzelprojektförderung um mindestens 500.000 Euro erhöht werden.

Um den genauen Bedarf der Förderung zu ermitteln wäre ein Kulturentwicklungsplan sinnvoll, der die Potenziale der Szene untersucht und mögliche Bedarfe für die Zukunft entwickelt.

Spielstätten und Probeorte

ID_Frankfurt fordert schon länger eine weitere Spielstätte, die vor allem für den zeitgenössischen Tanz funktioniert. Das bedeutet vor allem, dass dort ein Tanzschwingboden eingebaut ist, um die Gesundheit der Tänzer*innen zu schonen. Zudem geht es darum, dass durch die klare Ausrichtung auf den zeitgenössischen Tanz mehr Öffentlichkeit und Publikum für dieses Genre erreicht werden kann.

Es braucht zudem weitere Probeorte für die Szene. So wäre zum Beispiel das Offene Haus der Kulturen nach dem Wegzug des AStAs ein geeigneter Ort, um Proberäume und im Festsaal Auftrittsmöglichkeiten zu schaffen. Aber auch andere Räume sind für die Szene zu erschließen.

Zudem gibt es seitens der Koalition im Frankfurter Römer den Plan, ein kommunales Kinder- und Jugendtheater im Zoo-Gesellschaftshaus zu errichten. Im Verein Paradiesvogel e.V. haben sich Akteur*innen der Frankfurter Kinder- und Jugendtheaterszene zusammengeschlossen, um sich dafür einzusetzen, dass diese Szene an Konzeption und Umsetzung beteiligt wird und später dort Produktions- und Spielmöglichkeiten erhält. Wir begrüßen diese Ziele ausdrücklich.

Internationalität

Frankfurt ist eine internationale Stadt. Deshalb ist es erstaunlich, dass es nicht möglich ist, Förderanträge in englischer Sprache einzureichen. Auch die Informationen auf der Webseite des Kulturamtes sollten in englischer Sprache zur Verfügung stehen.

Kernforderungen Darstellende Künste

- Um das Frankfurter Fördermodell weiterzuentwickeln wäre eine vom Kulturdezernat einberufene und vom Kulturamt moderierte Arbeitsgruppe mit Vertretern der Szene sinnvoll. Konsens in der Szene ist die Forderung nach einer Dreijahresförderung für Ensembles, Kollektive und Theatergruppen und einer davon unabhängigen Spielstättenförderung statt der bisherigen Zwei- und Vierjahresförderung.
- Die Einzelprojektförderung muss um mindestens Euro 500.000 Euro erhöht werden. Eine besser finanzierte Wiederaufnahmeförderung wäre wünschenswert.
- Die Förderung für die darstellenden Künste sollte grundsätzlich als Festbetragsförderung gewährt werden und nicht, wie zum Teil bislang, als Fehlbedarfsfinanzierung.
- Die Festivals in Frankfurt müssen dauerhaft besser gefördert werden, u.a. IMPLANTIEREN, die Sommerwerft und das Frauen*Theater-Festival. Das gilt auch für das neue Festival der Freien darstellenden Künste in Frankfurt.
- Frankfurt braucht eine weitere Spielstätte, die vor allem für den zeitgenössischen Tanz funktioniert. Weitere Proberäume sind dringend nötig.
- Um den genauen Bedarf der Förderung zu ermitteln wäre ein Kulturentwicklungsplan sinnvoll, der die Potenziale der Szene untersucht und mögliche Bedarfe für die Zukunft entwickelt.
- Es muss zukünftig möglich sein, Förderanträge einzureichen, die ausschließlich in englischer Sprache verfasst sind. Auch die Informationen auf der Webseite des Kulturamtes sollten in englischer Sprache zur Verfügung stehen.
- Wir begrüßen den Plan, ein kommunales Kinder- und Jugendtheater im Zoo-Gesellschaftshaus zu errichten. Hier müssen die Akteur*innen der Frankfurter Kinder- und Jugendtheaterszene an der Konzeption beteiligt werden und dauerhaft Produktions- und Spielmöglichkeiten erhalten.

FOKUS IV: KLASSISCHE MUSIK

Situation der Szene

Wenn man von klassischen Berufsmusiker*innen in Frankfurt spricht, meint man zum einen die festangestellten Musiker*innen der städtischen, großen Institutionen und zum anderen den weitaus größeren Teil der freischaffenden Musiker*innen. Die freischaffenden Musiker*innen sind jedoch noch nicht in das Blickfeld der Öffentlichkeit gerückt. Das Land Hessen hat 2018 einen „Kulturatlas“ als Bestandsaufnahme der staatlichen Kulturförderung in Hessen erstellt. Die freischaffende klassische Musikszene kommt in dieser Bestandsaufnahme nicht vor.

Fördermodell und Praxis

Die Stadt Frankfurt hat keinen eigenen Topf für die Förderung der freien klassischen Musikszene. Die Förderung von Projekten klassischer Musiker*innen ist in 2 Töpfen zu finden, dem Topf der „Allgemeinen Musikförderung“ und dem der sogenannten „Projektbezogenen Förderung“, bei letzterem ist unklar, was genau aus welchen Quellen gefördert wird. Dass einzelne klassische Musiker*innen eigene Projekte veranstalten und fördern lassen, ist in den Vorgaben der Förderungen nicht vorgesehen .

In der Allgemeinen Musikförderung werden alle Projekte zusammengefasst, deren Fördersummen 5000,- Euro pro Projekt nicht übersteigen. In der projektbezogenen Förderung finden sich spartenübergreifend alle Projekte, bei denen die Fördersumme i.d.R. über 5000,- Euro liegt. Für die letzten Jahre lässt sich feststellen, dass hauptsächlich Projekte von Gemeinden und Vereinen gefördert wurden und lediglich ca. 5% darunter sind, die klassische Musik beinhalteten. Die geförderten Projekte der Stadt Frankfurt sind einsehbar auf den Internetseiten des Kulturportals, jedoch in der Aufbereitung für einen Fachfremden nicht leicht zu durchschauen. Es stellt sich außerdem die Frage, ob die Förderbedingungen die Realität des Konzertalltags reflektieren:

- Räume und Materialien werden vom Kulturamt nicht gefördert.
- Gefördert werden nur nichtkommerzielle Projekte.
- Schwerpunktmäßig soll Basisarbeit (Entscheidung von 1984) gefördert werden, und so stellt der Topf vornehmlich Gelder für eine Breitenförderung der Chöre und Musikvereine dar.
- Professionell arbeitende Musiker*innen, die in Frankfurt am Main ansässig sind, bzw. hier den Schwerpunkt ihrer Arbeit haben, können meist nicht ohne den Umweg über Initiativen oder Vereine gefördert werden und dürfen „sich nicht selbst veranstalten“.
- Projekte einzelner Antragsteller*innen werden nur „bei Bedarf“ gefördert, wobei unklar ist, was „bei Bedarf“ bedeutet und die öffentlich zugänglichen Informationen (Webseite des Kulturamts) darüber intransparent sind

In der Frankfurter Förderlandschaft fällt das Leuchtturm- oder Gießkannenprinzip ins Auge, also Förderung für institutionalisierte Häuser (z.B. die Oper) oder Kleinbeträge für Projekte, bei denen nicht zwischen Profis und Amateuren unterschieden wird. Die meisten geförderten Projekte würden auch gut in andere Töpfe passen, z.B. den der Bildung. Bei der Durchsicht aller bisher geförderten Projekte erscheint die klassische Musik als Freizeitbeschäftigung und pädagogisches/sozial-pädagogisches Vermittlungsangebot. Die „künstlerische“ Basisarbeit der freischaffenden Musiker*innen in Frankfurt wird kaum wahrgenommen und nicht angemessen bezahlt. Die aktuellen Förderbedingungen erschweren die Durchführung freier Projekte. Die unterstützenden Ansprechpartner*innen im Kulturamt sind in der klassischen Musikszene wenig bekannt. Außerdem ist neu, dass die klassischen Musiker*innen auch zur Freien Musikszene gehören. Die Entwicklung des Arbeitsmarkts der klassischen Musik hat sich in den letzten 15 Jahren stark verändert: Orchesterstellen werden abgebaut;

es werden gleichzeitig viele Musiker*innen ausgebildet; die Anzahl der Musiker*innen in Selbstständigkeit nimmt weiterhin stark zu. Der Schwerpunkt auf den Internetseiten des Kulturamtes liegt zur Zeit noch auf dem (ebenso wichtigen) Bereich der Popmusik.

Spielstätten, Probenorte und Unterrichtsräume

Bei der Förderung Einzelprojekten werden die im Kosten- und Finanzierungsplan angegebenen projektbezogenen Kosten für Miete, Werbung u.a. mitberücksichtigt. In der Projektförderung ist die dauerhafte Förderung von Probe- und Unterrichtsräumen aber nicht möglich. Es braucht daher eine institutionelle Förderung für Probe- und Unterrichtsräume.

Es ist grundsätzlich schwer in Frankfurt geeignete Räumlichkeiten für Kammermusikkonzerte und Projekte kleinerer Ensembles zu mieten. Die verfügbaren Spielstätten sind für einen freischaffende(n) Musiker*in oft nicht erschwinglich und risikobehaftet (Spielen für Eintrittsgeldbeteiligung). Somit sind sie auch nicht verfügbar, um konzertieren zu können.

Auch ist es für klassische Musiker*innen schwer, außerhalb der eigenen 4 Wände Möglichkeiten zum Unterrichten, Proben und Üben zu finden. Es gibt zudem keine geförderten Räume für regelmäßige Unterrichts- und Probenarbeit. Die Angebote von Saalbau, AmkA und OHdK lassen sich nur projektweise mieten, sind also höchstens für Workshopangebote oder projektbezogene Probenarbeit interessant (wobei es an Equipment, Schallisolierung und Instrumenten, z.B. Klavieren fehlt). Außerdem kann man beispielsweise die Saalbauten nur als Verein mieten. Die Kulturbunker-Angebote der Stadt sind einerseits ausgelastet, andererseits für die Bedürfnisse der klassischen Musiker*innen ungeeignet, da sie explizit für die ebenfalls unter Raumnot arbeitende Populärmusikszene gedacht sind. Das Nutzen von Raumkapazitäten von Theatern, Kirchen, Gemeindezentren, Tanzschulen, Yogastudios, Praxen, Shared Offices, Kitas und allgemeinbildende Schulen, scheitert fast immer an Regulierungswegen (Schlüsselhoheiten/Zuständigkeiten) und der Tatsache, dass Musik häufig als "Lärm" wahrgenommen wird.

Sichtbarkeit

Die freie klassische Musikszene in Frankfurt ist in der Öffentlichkeit wenig sichtbar, da der Szene oft die Gelder für entsprechendes stadtweites Marketing fehlen. Auf dem Internetportal der Stadt Frankfurt taucht die Freie Klassische Musikszene nur in Teilen – auf, in einer Unterseite namens "Chöre, Orchester, Ensembles & Musikgruppen", in der Laien- und professionelle Ensembles gemeinsam aufgelistet werden – auf. Hier wird nicht zwischen Freizeitensembles und hauptberuflich Tätigen unterschieden. Konzertreihen/orte der Stadt, die von den Freien Musiker*innen bespielt werden könnten, werden oft durch Musiker*innen besetzt, die feste Orchesterstellen haben oder Studierende der HfMDK Frankfurt sind.

Verbände

Die freie Musikszene in Frankfurt ist schlecht vernetzt. Die meisten klassischen Berufsmusiker*innenverbände agieren überregional und nicht städtisch. In Frankfurt gibt es den Tonkünstlerbund, der jedoch die Szene nicht in Gänze repräsentiert und ihre Bedürfnisse aufgrund eines Generationenkonflikts zu wenig erfasst. Frankfurts Musikensembles und weitere klassische Musikvereine sind nicht untereinander vernetzt. Die Konzertreihen im Bereich der Neuen Musik bestehen aus geschlossenen Kreisen (PLAY, Naxoskonzerte u.a.). Es fehlen offene Kontexte, in die man sich als Künstler*in gemeinschaftlich einbringen kann.

Die vom Kulturamt geförderten Reihen der Initiativen Play, Naxoskonzerte wie auch der Frankfurter Gesellschaft für Neue Musik werden u.a. gefördert, weil sie Auftrittsmöglichkeiten für viele unterschiedliche Frankfurter Musiker:innen schaffen und zudem künstlerisch ambitionierte Ziele verfolgen.

Es muss auch Förderung für Kleinkonzerte geben, nicht nur für große Reihen.

Veränderungspotenzial

Die klassische Freie Musikszene hätte durch die Schaffung eines Künstlerischen Betriebsbüros (KBB) viele Möglichkeiten Missstände anzugehen. Dieses KBB könnte die Voraussetzungen für das Leben und Arbeiten klassischer Musiker*innen in Frankfurt schaffen, indem es die notwendige Zusammenarbeit zwischen beteiligten Akteuren, Institutionen und Administrationen koordiniert, d.h. zwischen z.B. dem Amt für Wirtschaftsförderung, dem Kulturamt, den entsprechenden Dezernaten, dem Schulamt, und der Freien Szene. Eine Beratung für Förderanträge (wie sie jetzt verstärkt während der Corona-Pandemie angeboten wird) würde Frankfurter Musiker*innen helfen.

Zudem könnten Szene und Politik Plattformen schaffen, um gemeinsam an Sponsoren, Firmen, Stiftungen oder Mäzene heranzutreten, damit neben der öffentlichen Förderung ein zweites Standbein bei der Finanzierung der Szene geschaffen werden kann. Es gibt Preisdumping bei Konzerthonoraren. Sei es, dass einige kirchliche Veranstalter zu niedrige Honorare zahlen, oder die Hochschule mit ihren öffentlichen Konzerten den freien Markt belegt. Die Hochschule bietet Veranstaltungen ohne Eintritt an, bei denen die Studierenden kostenlos auftreten. Oder als anderes Beispiel tragen die von der Hochschule vermittelten Palmengartenkonzerte (150 Euro für alle Beteiligten, d.h. bei einem Trio 50 € pro Person) zu einem Preisverfall in der Szenen bei. Hier könnte ein ART BUT FAIR-Siegel für fair bezahlte Konzerte eine Lösung darstellen. Der Bedarf an Musikunterricht steigt stetig und kann von der städtischen Musikschule Frankfurt nicht abgedeckt werden. Er wird von den freien Musikpädagog*innen sowie von privaten Musikschulen aufgefangen. Die Löhne an freien Musikschulen und bei Honorarkräften sind sehr niedrig (19 - 35 Euro/h), da sie mit der städtisch geförderten und dennoch unterfinanzierten Musikschule konkurrieren müssen. Honoraruntergrenzen und ein gesellschaftliches Bewusstsein, auch innerhalb der Szene, dass Qualität in musikalischer Bildung auch angemessen bezahlt werden muss und kein Akt sozialer Mildtätigkeit ist, sind notwendig. Die Stadt könnte für finanziell schwache Familien Bildungsgutscheine einführen, die auch an freie Musikschulen und freie Musikpädagog*innen vergeben werden.

Die freie Musikszene hat Stärken. Sie schafft Ästhetiken, die große Ensembles und Orchester naturgemäß nicht bereitstellen müssen. Sie entwickelt Konzertformate, die das klassische Repertoire in die gesellschaftliche Zukunft tragen. Bestimmte Instrumente werden besonders hier gehört (z.B. klassische Gitarre), Liederabende erreichen ihr Publikum besonders gut in mittelgroßen Räumlichkeiten, neue Musik, Kammermusik und die historische Aufführungspraxis werden in kleinen Ensembles anders nahe gebracht. Die Freie klassische Musikszene Frankfurts braucht finanziellen Spielraum, um ihr Potenzial und ihre gesellschaftliche Relevanz besser entfalten zu können.

Kernforderungen Klassische Musik

- Ein ständiges Gremium zwischen Kulturschaffenden, Kulturinstitutionen, Politik, Verwaltung und Bürger*innen. Es berät bei kulturpolitischen Entscheidungen, begleitet konstruktiv die Kulturentwicklung und gibt Impulse für zukünftige Entwicklungen im Interesse der Kultur in der Stadt und der in ihr lebenden Menschen.
- Schaffung eines Künstlerischen Betriebsbüro (KBB) für klassische Musiker*innen, das die Belange der Szene mit der Stadtpolitik koordiniert, die Sichtbarkeit der Szene zum Anliegen hat und Wege in die politische Öffentlichkeit zeigt.
- Eine Vermittlungsplattform für freie Musiker*innen.
- Ein erweitertes Beratungsangebot für Förderanträge.
- Honoraruntergrenzen für Konzertgagen und Unterrichtshonore sind notwendig sowie die Anstellung von Freien.
Die Stadt Frankfurt sollte hier beim Engagieren von Musiker*innen selbst beispielhaft agieren.
- Die Freie Musikszene braucht Räume!
 - Es braucht eine Einrichtung, die die räumlichen Ressourcen Frankfurts sukzessive erfasst, hält und vermittelt; Radar kann das aktuell nicht leisten, hier werden geeignete Räume selten und eher zufällig angeboten. Leerstehende städtische Immobilien sollten proaktiv der Freien Musikszene zur Verfügung gestellt werden.
 - Die Musiker*innen brauchen von der Stadt geförderte Coworking-Spaces oder ein Proben- und Konzertzentrum.
 - Es muss für freie Musiker*innen möglich sein, die Gebäude der allgemeinbildenden Schulen für Unterrichtszwecke zu nutzen. Gelebt werden sollte eine kooperative Ermöglichungskultur. Verwaltungshürden bei der Vergabe von Nutzungsgenehmigungen für Musikräume müssen abgebaut werden.
 - Kunst und Kultur muss fester Bestandteil der Bebauungsplanung sein. Bei baulichen Investitionen soll die Freie Szene mit städtischen Kulturinstitutionen gleichgestellt werden.
- Die Flexibilität, Diversität und Individualität der Freien Szene kann ein integraler und nachhaltiger Bestandteil der Stadtkultur sein und die Verbundenheit mit einem Stadtteil durch unkompliziert buchbare Live-Musik fördern. Es müssen Anreize für die Stadtgesellschaft geschaffen werden, damit Kulturhäuser, Institutionen, Unternehmen und Kirchen sich für die Freie Szene öffnen:
 - Städtische Institutionen sollten in ihren Veranstaltungen programmatisch freie Musiker*innen der Stadt mit einbeziehen.
 - Von der Stadt geförderte Institutionen sollten Räume stärker an die freie Szene abgeben.
 - Frankfurt braucht eine „Art but Fair“-Plakette, die faires Engagement und faire Bezahlung der Musiker*innen herausstellt, wie in anderen deutschen Großstädten schon geschehen.

FOKUS V: POPULARMUSIK UND CLUBS

Situation der Szene

Die Live-Musik und Clubszene ist in Frankfurt groß und vielfältig – zumindest war das so vor Corona. Unterschiedliche Clubs wie Batschkapp, Bett, Brotfabrik, The Cave, FREUD, Gibson, Horst, Ponyhof, Romanfabrik, Silbergold, Tanzhaus West, Tiefengrund, Zoom sind auch Livemusik-Orte. Mit dem Horst und dem Clubkeller haben bereits zwei wichtige Clubs aufgrund der Corona-Krise aufgegeben. Es ist wichtig zwischen Clubs und Diskos zu unterscheiden: Clubs machen ein kuratiertes Programm mit einer inhaltlichen Idee, laden nationale oder internationale Tourneekünstler*innen ein, es gibt einen inhaltlich-musikalischen Anspruch. Bei Discos wird einfach Musik abgespielt.

Zudem gibt es vor allem im Bereich des Jazz spezielle Live-Orte, dazu gehören beispielsweise so unterschiedliche Orte wie Romanfabrik, Brotfabrik, Club Voltaire, Liebfrauenkirche, die Fabrik, der Jazzkeller und das Mampf. Die Jazz Initiative veranstaltet in Frankfurt an diesen Orten Konzerte. Zudem gibt es noch neue, junge Initiativen wie im Kunstverein Familie Montez und im Atelier Frankfurt.

Ein weiter wichtiger Akteur im Livemusik-Bereich ist die nicht kommerzielle Musiker*innen-Initiative Virusmusik, die aktiv die lokale Musikszene aus Frankfurt am Main unterstützt. Sie helfen bei der Suche nach Proberäumen und bieten mit regelmäßigen Musikveranstaltungen jungen Bands und Künstler*innen die Möglichkeit, sich live vor Publikum zu präsentieren. Zu weiteren Aktivitäten gehören u.a. das VirusMusikRadio, in der Musik lokaler Künstler*innen vorgestellt wird, die VirusMusik-Pages mit vielen Kontakten zum Musikbusiness und eine Zusammenarbeit mit NewcomerTV.

Fördersituation

Die Förderung in Frankfurt wird als mangelhaft beschrieben, vor allem im Vergleich zu Mannheim, Hamburg oder Berlin. 2016 gab es in Frankfurt 107.000 Euro Förderung für Konzerte, Workshops, Programme, Veranstaltungsreihen und Preise. Etwa die Hälfte davon ging an Virus Musik, u.a. für Proberäume. Die Arbeitsbedingungen sind laut Szene in Frankfurt für Musiker*innen entsprechend schlecht. Es gibt kein Geld für die künstlerische Arbeit, so etwa Produktion, Komposition oder Proben und auch Aufführungen werden nur schlecht bezahlt. Als Honorare werden vom Bund Deutscher Gesangspädagogen wie folgt empfohlen: Minimum 60 Euro pro Stunde. Leider sind in Frankfurt viele Musiker*innen davon weit entfernt. Musik wird überall billig angeboten, dabei gilt weiterhin der Mythos, Musiker*innen würden von Einnahmen aus Verkauf und von Konzerten leben können. Frankfurter Künstler*innen berichten, dass nur 20 Prozent der Gesamtkosten ihrer Konzerte übernommen wurden, die Organisation wurde nicht bezahlt. Bei mehrjähriger Förderung muss man auf verschiedene Töpfe zugreifen. Ohnehin wird nur die künstlerische Leistung gefördert. Künstler*innen dürfen dabei nicht selbst Veranstalter*innen ihrer eigenen Konzerte sein, es werden meist nur Veranstalter*innen gefördert, die viele Musikgruppen und Solokünstler*innen präsentieren.

Ab 20.1. gibt es eine Bundesförderung für Kleinstkonzerte mit dem Namen „Live 100“. Für Programme mit Kapazität von weniger als 100 Zuschauer*innen (sogenannte „Graswurzelkonzerte“), wenn der Eintritt weniger als 10 Euro kostet kann 200 Euro pro Abend beantragt werden, dabei gehen 100 Euro an den Club, 100 Euro an die Künstler*innen. Das soll eine Initiative sein, die von Ländern oder Kommunen aufgegriffen werden soll, um solche Konzerte ebenfalls zu fördern.

Fördermodell

In Frankfurt gibt es eine Beauftragte für Populärmusik im Kulturamt, die über Anträge entscheidet. Ein Jurymodell wird nicht unbedingt als beste Idee gewünscht. Best Practice Beispiel ist Hamburg, dort wurde das Jurymodell durch eine Förderung ersetzt, die auf der Basis der GEMA-Zahlen beruht. Alle Veranstalter*innen können ihre GEMA-Abrechnung schicken, Hamburg bezahlt einen fixen Anteil daran. Man könnte zur Förderung der Interpret*innen von Musik auch die GVL-Abrechnung zusätzlich als Maßstab nehmen. Die grundsätzliche kulturpolitische Frage sollte lauten: Wo will Frankfurt im Bereich Populärmusik hin? Populärmusik hat keinen hohen Stellenwert in Frankfurt.

Proberäume

Die Stadt Frankfurt hat bereits Mitte der 1990er Jahre fünf ehemalige Luftschutzbunker für rund 3 Mio. Euro gekauft und für die dauerhafte kulturelle Nutzung saniert. In diesen Musikbunkern befinden sich rund 150 Proberäume, die von mehr als 300 Musikgruppen und Solomusiker:innen genutzt werden. Durch Umbaumaßnahmen konnten zusätzlich 12 weitere Proberäume eingerichtet werden. Immerhin konnte auf diese Weise eine wichtige infrastrukturelle Basis geschaffen werden.

Es ist dennoch scheinbar enorm schwer überhaupt einen Proberaum in Frankfurt zu bekommen, besonders wenn dieser einigermaßen günstig und groß sein soll (unter 150 € monatlich/ über 10 qm). Leider hat die Stadt einen weiteren Bunker vor kurzem verkauft, der entsprechend hätte umgebaut werden können, um weitere so dringend benötigte Proberäume hätte liefern können.

Weitere Themen

Ein weiteres Problem ist der Bereich Lärmschutz. Zur Zeit werden neue Richtlinien für Stadtplanung diskutiert, die Clubs Probleme machen könnten. Gerade die Idee der Nutzungsgemischten Stadt wird dazu führen, dass Clubs Beschwerden von Anwohnern bekommen werden. Allerdings ist Baurecht Bundesrecht, also nicht in Frankfurt entscheidbar. Clubs genießen zudem keinen besonderen Schutz, sie werden als Vergnügungsstätten auf der gleichen Ebene wie Bordelle angesiedelt. Hieran könnte sich aber zur Zeit etwas ändern. Man sollte in der Stadt über diese Themen diskutieren.

Die Situation in der Szene ist für Frauen deutlich schlechter, weil die Szene stark männerdominiert ist. Bei Musik-Clubs in Frankfurt, vor allem denen, die gefördert werden, die Forderung, 50 Prozent Musikerinnen zu buchen. Große städtisch geförderte Veranstaltungen sollten zukünftig 50 Prozent Musikerinnen-Anteil haben, wie z. B. Opernplatzfest, Apfelweinfest, Stadtfeste. Unter den Professor*innenstellen an der HFMDK, vor allem im Bereich Instrumentalpädagogik, gibt es keine einzige Frau (außer beim Gesang, wie oft) im Pop-Musikbereich. Feste Stellen haben nur Männer.

Forderungen an die Stadt Frankfurt für die Populärmusik und Clubs

- Mehr Auftrittsmöglichkeiten für lokale Künstler*innen.
- Eine verbesserte Förderung, damit höhere Honorare und bessere verbindliche soziale Absicherung verbindliche Verträge möglich werden. Eine verstärkte Förderung einzelner, kleiner Projekte.
- Mehr Förderung auch für ältere Musiker*innen.
- Mehr Transparenz bei der Vergabe der Fördermittel des Kulturretats. Das Hamburger Fördermodell sollte geprüft werden.
- Mehr Fördermittel für Konzerte, Projekte und CD-Produktionen wie in Berlin.
- Mehr Fördermittel für Live-Clubs.
- Einzelne Musik-Künstler*innen sollten bei der Förderung als Veranstalter*innen ihrer eigenen Konzerte anerkannt werden..
- Verbesserung der Proberaumsituation, also mehr günstige Räume.
- Musikclubs und Festivals, die städtische Förderung erhalten, sollten mindestens 50% Musiker*innen buchen, und davon nicht nur Sänger*innen!

Impressum

Texte: Jan Deck, Sylvia Demgenski, Jos Diegel, Caroline Jahns, Haike Rausch

Redaktion: Jan Deck, Gunter Deller, Haike Rausch, Angelika Siegburg

Gestaltung: Haike Rausch

www.koalition-freieszeneffm.de